

## Aktenzeichen LSG-NI-2020-04-27-01

### Sachverhalt

Der Kläger hat 2 Anfragen an den Landesvorstand der Piratenpartei Brandenburg (Beklagter) öffentlich und für jeden einsehbar in das Piratenwiki gestellt. In dieser hat er Vornamen, Ortsverband, sowie weitere private Informationen eines Parteimitgliedes angegeben. Der Beklagte löschte daraufhin den Antrag aus dem Wiki mit der Begründung das die Kombination der Daten des Mitglieds eine eindeutige Identifizierung ermögliche. Der Kläger sah sich daraufhin in seinen Mitgliedsrechten verletzt und klagte auf Feststellung der Unrechtmäßigkeit der Löschung und Wiederherstellung der Anfragen.

### Urteil

Im Verfahren Kläger gegen den Landesvorstand der Piratenpartei Brandenburg (Beklagter) ergeht folgendes Urteil:

Die Löschung der Anfragen im Wiki war rechtmäßig. Den Anträgen des Klägers wird nicht entsprochen.

### Begründung

Nach DSGVO Artikel 5 (1) c):

*Personenbezogene Daten müssen dem Zweck angemessen und erheblich sowie auf das für die Zwecke der Verarbeitung notwendige Maß beschränkt sein („Datenminimierung“);*

Es bestand für den Beklagten kein Grund zur Annahme, dass das, in der Anfrage erwähnte, Mitglied der Veröffentlichung seiner Daten zugestimmt habe. Die dafür erforderliche Zustimmung der betroffenen Person lag dem Beklagten nicht vor. Um eine Rufschädigung der betroffenen Person zu verhindern, musste eine Löschung zeitnah erfolgen und der Beklagte hatte nicht die Möglichkeit, mit dem Kläger Rücksprache zu halten, ob eine solche Genehmigung vorläge. Der Beklagte hatte also die Pflicht, die veröffentlichten persönlichen Daten unverzüglich zu löschen.

Die Löschung der Anfrage im Wiki durch den Beklagten war rechtmäßig, da nicht sichergestellt werden konnte, ob eine Zustimmung der Veröffentlichung der Daten des entsprechenden Mitgliedes vorlag.



Landesschiedsgericht Niedersachsen

Richter:

Phil Höfer - Vorsitz

Emil Engler

Jan Sicars

---

## Kommentar

Um in Zukunft solche Unstimmigkeiten zu vermeiden, empfiehlt das Gericht dem Kläger die Nutzung nichtöffentlicher Kommunikationskanäle. Dem Beklagten empfiehlt das Gericht, Anfragen an den Landesvorstand zeitnah in anonymisierter Form im Wiki zu veröffentlichen, um dem Anspruch von Transparenz innerhalb der Partei gerecht zu werden.

Braunschweig, Elze, Osnabrück, 28. April 2020

Phil Höfer

Emil Engler

Jan Sicars